

Die unterzeichneten Mariahilfer ÖVP-Bezirksrät/innen
stellen gemäß §23 der GO für die Bezirksvertretungen
zur Bezirksvertretungssitzung am 26. September 2019 folgende

**Die neue
Volkspartei**

Mariahilf

ANFRAGE

an den Bezirksvorsteher des 06. Wiener Gemeindebezirks

Nach einer einjährigen Evaluierungsphase bleibt das von der Stadtregierung verhängte Alkoholverbot am Praterstern aufrecht. Aus Sicht der Polizei haben sich die Delikte dort nahezu halbiert und laut einer Befragung fühlen sich drei von vier Frauen durch das Alkoholverbot nun sicherer. Trotz dieses positiven Befundes seitens der Stadtverantwortlichen, der Exekutive und auch der Benutzer/innen wird ein analoges Vorgehen im Bereich rund um die Drogenberatungseinrichtung jedmayer / U6 Station Gumpendorfer Straße abgelehnt. Diesbezüglich ergeben sich folgende Fragen:

- Werden Sie sich als Bezirksvorsteher bei der Stadtregierung dafür einsetzen, dass auch rund um den jedmayer eine Alkoholverbotzone geschaffen wird?
- Wenn ja, wann wird das erfolgen, wenn nein, warum nicht?
- Insbesondere Frauen haben sehr positive Rückmeldungen im Bereich des Pratersterns gegeben. Warum stellt sich die Stadtregierung hier gegen die Interessen und das Sicherheitsbedürfnis speziell von Frauen?

Gerhard Hammerer

Antwort des Bezirksvorstehers:

Rumelhart verweist auf eine Aussendung der Stadt Wien vom 2. Juli. Es gibt ein Maßnahmenpaket für die U6 Gumpendorfer Straße, dieses enthält aber kein Alkoholverbot, die Plätze sind nicht vergleichbar. Rumelhart hält sich an die Meinung der Experten, er wird sich daher nicht für ein Alkoholverbot einsetzen.

Die unterzeichneten Mariahilfer ÖVP-Bezirksrät/innen
stellen gemäß §23 der GO für die Bezirksvertretungen
zur Bezirksvertretungssitzung am 26. September 2019 folgende

**Die neue
Volkspartei**

Mariahilf

ANFRAGE

an den Bezirksvorsteher des 06. Wiener Gemeindebezirks

Am 4. September haben Sie allen Seniorinnen und Senioren des Bezirks ein Informationsschreiben über Aktivitäten zw. dem 20. und 27. September zukommen lassen. U.a. haben Sie am 20. September einen Ausflug in die Amethyst Welt und die Loisium WeinErlebnisWelt angeboten. Als Kostenbeitrag für den Ausflug inklusive Führungen und Mittagessen wurden pro Person 15 Euro in Rechnung gestellt. Diesbezüglich ergeben sich folgende Fragen:

- Wie viele Personen haben das Angebot in Anspruch genommen?
- Wie hoch waren die tatsächlichen Kosten pro Person, wie hoch waren die Gesamtkosten?
- Gab es für Bezirksvorstehung Ermäßigungen?
- Unter welchem Budgetposten werden die Kosten verbucht?

Veronika Zimmermann

Antwort des Bezirksvorstehers:

Laut Rumelhart haben 72 Personen teilgenommen (etwas weniger als erwartet), die tatsächlichen Kosten pro Person lagen bei 28 Euro. Inkludiert waren die Führungen, das Mittagessen ohne Getränke und die Busreise. Die Differenz zur Eigenleistung der Senioren wurde aus den Repräsentationsausgaben des Bezirksvorstehers beglichen.

Die unterzeichneten Mariahilfer ÖVP-Bezirksrät/innen stellen gemäß §23 der GO für die Bezirksvertretungen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. September 2019 folgende

**Die neue
Volkspartei**

Mariahilf

ANFRAGE

an den Bezirksvorsteher des 06. Wiener Gemeindebezirks

Laut Medienberichten wird derzeit an einer Studie zur Sozialraumanalyse des Christian-Broda-Platzes gearbeitet. Diesbezüglich ergeben sich folgende Fragen:

- Wer ist der Auftraggeber der Studie, wer führt die Studie durch?
- Was war der Anlass bzw. die Motivation für diese Studie?
- Wann ist mit der Fertigstellung zu rechnen, bzw. werden die Ergebnisse auch veröffentlicht?
- Wird die Studie für die Fraktionen im Bezirksparlament verfügbar sein?
- Erwachsen dem Bezirk Kosten aus dieser Studie und wenn ja, in welcher Höhe?

Gerhard Hammerer

Antwort des Bezirksvorstehers:

Die Sozialraumanalyse betrifft nicht nur den Christian-Broda-Platz sondern die ganze Mariahilfer Straße. Auftraggeber ist der FSW, daher entstehen dem Bezirk keine Kosten. Die Studie wird laut Rumelhart gemeinsam mit dem 7. Bezirk durchgeführt, sie ist noch im Laufen. Die Ergebnisse sollen in einer Sitzung der Sozialkommission des Bezirks besprochen und dadurch allen Fraktionen zugänglich sein.